

abgeordnetenwatch.de – Bürger fragen, Politiker antworten

Hans J. Kleinsteuber, Kathrin Voss

Kernaussagen

Rechenschaft, Transparenz und Gedächtnis sind die drei Werte, die im Mittelpunkt der zivilgesellschaftlichen Initiative Abgeordnetenwatch stehen. Die Internetplattform www.abgeordnetenwatch.de ermöglicht öffentliche Bürgerfragen an Abgeordnete und dokumentiert das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Diese Initiative ist überparteilich, unabhängig und hat mit den Parlamenten und ihren Internetbemühungen nichts zu tun. Im Kern geht es darum, Zugang zu Abgeordneten (in Wahlzeiten auch zu Kandidaten) zu organisieren und den Bürger (bzw. die Bürgerin) zu ermutigen, Parlamentariern Fragen zu ihrer Arbeit zu stellen. Fragen und Antworten werden transparent dokumentiert und stehen als eine Art „Wählergedächtnis“ allen Bürgern zur Verfügung.

1 abgeordnetenwatch.de – Bürger fragen, Politiker antworten¹

Das demokratische System Deutschlands mag in einer Krise stecken, aber es bietet auch die Chance, weiterentwickelt zu werden – in Richtung direkter Demokratie oder mit Open Data für mehr Informierung der Bürger,² was jeweils aufwendige Aktionen des Gesetzgebers oder sogar der Verfassungsänderung voraussetzt. Dann ist da aber noch die Zivilgesellschaft, die selbst in Richtung mehr Demokratie aktiv wird und neue Instrumente schafft. Eines dieser Instrumente ist Abgeordnetenwatch, das sich seiner Logik nach vor allem der Stärkung der repräsentativen Demokratie widmet und dabei drei – eigentlich sehr konventionelle – Werte in den Mittelpunkt stellt: Rechenschaft, Transparenz und Gedächtnis:

- **Rechenschaft:** Politiker sind laut Grundgesetz allein ihrem Gewissen verantwortlich, in der realen Welt müssen sie sich aber vor ihren Wahlbürgern, die sie auf Zeit mit dem Mandat betrauen, rechtfertigen, sowie vor dem Steuerzahler, der sie angemessen alimentiert und damit finanziell absichert. Auf Abgeordnetenwatch soll der Mandatsträger von seiner Arbeit Rechenschaft geben, er soll erklären, warum er was macht. Denn er handelt letztendlich im Auftrag des Souveräns, dem Volk – sowohl im Lande wie im eigenen Wahlkreis.
- **Transparenz:** Das deutsche politische System ist im internationalen Vergleich wenig durchsichtig und öffentlich konstruiert, so tagen Parlamentsausschüsse hinter verschlossenen Türen und die Pflicht zur Aktenoffenlegung (Informationsfreiheit) ist gering entwickelt. Abgeordneten-

watch ist mit seinem Trägerverein ebenso transparent wie die Plattform, die es betreibt. Alle Interessenten haben gleichermaßen Einblick in die Kommunikation zwischen fragenden Bürgern und antwortenden Volksvertretern.

- **Gedächtnis:** In der Politik wird schnell vergessen, Koalitionen wechseln ihre Farbe, Programme ihre Botschaft, sogar Politiker ihre Partei. Abgeordnetenwatch bewahrt alle Stellungnahmen auf, sie bleiben für jedermann dauerhaft einsehbar. Politik bedarf der Flexibilität, aber Politiker sollten öffentlich begründen, wenn sie Dinge plötzlich anders sehen. Gut wäre auch, wenn sie in Zukunft weniger weitreichende Versprechungen abgeben, weil sie jederzeit damit konfrontiert werden können.

1.1 Entstehung

Abgeordnetenwatch entstand 2004 aus einer ehrenamtlichen Initiative des Politologen Gregor Hackmack und des Informatikers Boris Hekele. Auslöser war die Einführung eines stark personalisierten Verhältniswahlrechts in Hamburg als Folge eines Volksentscheids. Für den wahlinteressierten Bürger führte das zu dem Problem, dass er die nun zahlreicher antretenden Kandidaten auf den Listen nicht kannte. Abgeordnetenwatch sollte mit Hilfe des Internets eine Brücke zwischen Wähler und Kandidaten schlagen.

Als Vorbild für ihre Initiative geben die Gründer unter anderem das Projekt Votesmart³ aus den USA an, gehen mit ihrer Webseite jedoch einen entscheidenden Schritt weiter (Vgl. Wilhelm, 2009, S. 48). Webseiten wie Votesmart bieten den Bürgern in erste Linie so genannte Scorecards, d.h. sie dokumentieren vor allem das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten, und werden von vielen Single-Issue-Organisationen genutzt, um Bürger zu mobilisieren ihren Abgeordneten zu schreiben (Vgl. Voss, 2006, S. 71). Wie Votesmart bietet auch Abgeordnetenwatch Informationen zu den Parlamentariern an, z.B. zu Alter, beruflicher Qualifikation, Mitgliedschaft in Ausschüssen etc. Diese Informationen sind auch über andere Wege zu erhalten, werden hier aber besonders leicht zugänglich und einheitlich präsentiert. Im Gegensatz zu den internationalen Vorbildern steht im Mittelpunkt von Abgeordnetenwatch, was die Initiatoren Dialog nennen. „Unsere Vision ist eine selbstbestimmte Gesellschaft. Diese wollen wir

¹ Dieser Artikel ist eine gekürzte Version des Artikels „abgeordnetenwatch.de – Bürger fragen, Politiker antworten“ der beiden Autoren, erschienen in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander (Hrsg.) (2012): Die verstimmte Demokratie – Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration. Wiesbaden.

² Es gilt jeweils auch die weibliche Form.

³ www.votesmart.org.

befördern durch mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Transparenz in der Politik.“ (Abgeordnetenwatch, 2010, S. 1) Abgeordnetenwatch bietet Bürgern die Möglichkeit öffentlich Abgeordnete zu fragen. Die Plattform übernimmt dabei eine Vermittler- und auch Moderationsfunktion. Im Kern geht es darum, Zugang zu Abgeordneten (in Wahlzeiten auch zu Kandidaten) zu organisieren. Ein wirklicher Dialog im Sinne eines Zwiegesprächs kommt allerdings nicht zustande, denn es besteht nicht die Möglichkeit einer symmetrischen Kommunikation, d.h. Bürger können nicht auf die ihnen gegebenen Antworten reagieren.

Abgeordnetenwatch bietet sein Angebot heute für den Bundestag, das Europäische Parlament, acht Landtage und über zwei Dutzend kommunale Parlamente an. Weitere Landtage und Kommunen kommen kontinuierlich hinzu, sobald die Finanzierung über Förderer und Spenden gesichert ist.⁴ Daneben bietet Abgeordnetenwatch in Wahlzeiten auch ein Angebot an, in dem alle Kandidaten vorgestellt werden.⁵

Abgeordnetenwatch folgt insgesamt der Logik von Web 2.0-Angeboten, bei denen Plattformen als Rahmen angeboten werden, während der allergrößte Teil des Inhalts von den Nutzern (hier Bürgern und Abgeordneten) als user generated content eingestellt wird. Da auch alle Fragen und Antworten dokumentiert werden, entsteht ein Archiv, das zu einer Art „Wählergedächtnis“ wird.⁶ In diesem Bereich setzt sich Abgeordnetenwatch auch bewusst von Angeboten wie Facebook ab,⁷ die inzwischen auch von vielen Politikern genutzt werden. Anders als bei Abgeordnetenwatch können Politiker auf Facebook Einträge löschen und die Einträge sind auch nur begrenzt sichtbar und für Bürger nicht gezielt durchsuchbar.

Ein besonderes Merkmal von Abgeordnetenwatch ist die Moderation, denn keine Frage geht sofort online. Jede Frage wird von einem Team von freien Mitarbeitern auf der Grundlage des Moderations-Kodex geprüft. Entspricht sie diesen Regeln wird die Frage innerhalb von maximal 24 Stunden online gestellt und der Abgeordnete informiert. Zusätzlich erhält jeder Abgeordnete auch die Fragen, die nicht freigeschaltet werden. Neben dem Moderationsteam spielt auch das vom Verein berufene Kuratorium von Abgeordnetenwatch hierbei eine wichtige Rolle. Es gibt eine Empfehlung, wenn die Moderatoren meinen, dass eine Frage gegen den Kodex verstoßen könnte.⁸ Mögliche Gründe⁹ können sein:

- Inhaltlich: Befürwortung von Gewaltherrschaft, Rassismus, Sexismus, politischer oder religiöse Verfolgung; Beleidigungen oder Beschimpfungen;
- Persönlich: Nachfragen zum Privatleben, zu Themen der beruflichen Schweigepflicht;
- Formal: bloße Meinungsäußerungen und keine Fragen; Massenmails; zu viele oder selbst gestellte Fragen; Fragen unter falschem Namen.

1.2 Organisation und Finanzierung

Organisatorisch besteht Abgeordnetenwatch aus zwei Einheiten, die beide gemeinnützig arbeiten. Der Verein Parlaments-

watch e. V. ist der Kern des Vorhabens und verantwortlich für die inhaltliche Arbeit, dazu sammelt und verwaltet er die Spenden und Förderbeiträge. Die gemeinnützige Firma Parlamentswatch GmbH ist technischer Dienstleister, hat die Internetplattform entwickelt und stellt sie dem Verein zur Verfügung. Anders als der Verein kann sie Dienstleistungen kostenpflichtig anbieten. Gewinne werden aber nach einem komplizierten Schlüssel an den Verein und weitere Organisationen ausbezahlt. Wie die meisten modernen Nichtregierungsorganisationen basiert auch Abgeordnetenwatch auf einer Mischfinanzierung, die durch die Streuung der Einnahmequellen Abhängigkeiten verhindern soll. Eine wichtige Grundlage sind die inzwischen 1.178 Förderer.¹⁰ Wer von Politiker Transparenz verlangt, muss diese auch selbst erbringen, daher können über die Website alle wesentlichen Informationen zur Organisation und zur Finanzierung eingesehen werden.

2 Vermittler und investigative Recherchen

Neben dem neutralen Portal, auf dem Bürger ihre Fragen stellen können, und auf dem außer der Moderationsleistung kein Eingriff seitens der Betreiber erfolgt, gibt es außerdem einen Blog,¹¹ der eine „ergänzende Diskussionsplattform“ sein soll. In dem Blog finden sich neben Berichten über das Projekt selbst auch allgemeinere Artikel zu Themen wie Transparenz, Bürgernähe und Demokratie. Dabei nutzt das Team von Abgeordnetenwatch beispielweise Daten über die Anwesenheit von Abgeordneten im Parlament. Zum Teil wird aber auch investigativ recherchiert. Während die Blogbeiträge in der Regel von Mitgliedern des Abgeordnetenwatch-Teams geschrieben werden, können die Bürger sich durch die Kommentarfunktion an der Diskussion beteiligen.

Öffentliche Aufmerksamkeit bekommt Abgeordnetenwatch unter anderem auch durch Medienpartnerschaften, beispielsweise mit Spiegel Online und der Süddeutschen Zeitung, aber auch vielen regionalen und lokalen Zeitungen. Außerdem findet Abgeordnetenwatch immer wieder große Medienresonanz, durch die eigenen Recherchen, die im Blog veröffentlicht werden, aber auch durch die Fragen und Antworten, die zu einer wichtigen Informationsquelle für Journalisten geworden sind.

4 Quelle: Interview mit Gregor Hackmack von Abgeordnetenwatch, 7.2.2012.

5 Bisher gab es dieses Angebot bei über 30 Wahlen.

6 Quelle: Interview mit Gregor Hackmack von Abgeordnetenwatch, 7.2.2012.

7 Quelle: Interview mit Gregor Hackmack von Abgeordnetenwatch, 7.2.2012.

8 Mitautor Kleinsteuber ist Mitglied des Kuratoriums und kann dazu folgende Erfahrungen vermitteln: Es geht um ca. eine Anfrage pro Monat, meist stellt sich unter den Kuratoren schnell eine einheitliche Meinung her. Mitunter werden auch allgemeine Fragen erörtert, etwa, wenn es um eine Präzisierung des Kodex geht.

9 Der komplette Kodex ist zu finden unter http://www.abgeordnetenwatch.de/moderations_codex-766-o.html, zuletzt abgerufen 8.2.2012.

10 Stand Dezember 2011, Quelle: Interview mit Gregor Hackmack von Abgeordnetenwatch, 7.2.2012.

11 <http://blog.abgeordnetenwatch.de>.

Immer wieder kritisiert Abgeordnetenwatch den Umgang einiger Parlamentarier in Sachen Nebeneinkünften, beispielsweise immer wieder Peer Steinbrück (SPD), Ex-Finanzminister der Großen Koalition und Bundestagsabgeordnete, weil er einerseits hohe Nebenverdienste auswies, gleichzeitig aber nur selten im Bundestag präsent war. Abgeordnetenwatch begründet die Kritik mit dem Abgeordnetengesetz, das verlangt, die Ausübung des Mandats habe „im Mittelpunkt“ der Tätigkeit zu stehen. Der Kritik von Abgeordnetenwatch begegnet Steinbrück mit einem Boykott und einer wenig sachlichen Kritik an der Plattform.¹²

Der Totalboykott ist allerdings die Ausnahme. Insgesamt werden rund 80 % der gestellten Fragen beantwortet (Abgeordnetenwatch, 2011, S. 12). Inhaltsanalytische Untersuchungen zeigen, dass sowohl Fragen als auch Antworten sachlich und die Antworten durchaus ausführlich sind (Albrecht/Trénel, 2010, S. 52ff.). Im Vergleich dazu zeigen Studien der Universität Ilmenau, dass Politiker auf ihren eigenen Facebook-Seiten nur selten auf Fragen von Bürgern reagieren.¹³ Entsprechend verfügt Abgeordnetenwatch inzwischen über eine Datenbank, die dokumentiert, was fragende Bürger und aktive Politiker denken, ein politisches Gedächtnis außerhalb offizieller Parlamentsprotokolle. Die Datenbank liefert zudem quantitative Daten, wer wie oft gefragt wurde und ob er oder sie geantwortet hat. Man kann feststellen, dass einige Abgeordnete gefragt sind und regelmäßig antworten. Andere antworten prinzipiell nicht, wie auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel.

2.1 Kritik

Bisher ist die Faszination über den Erfolg von Abgeordnetenwatch groß und die Kritik gering – selbst auf Seiten der kritisierten Politiker. Ein Kritikpunkt ist beispielsweise, dass der Dienst Politiker unter Druck setze. Die Betroffenen haben zu antworten, sonst werden sie öffentlich angeprangert. Das mag für einzelne Spitzenpolitiker so zutreffen, generell ist es nicht gerechtfertigt. Tatsächlich ist Abgeordnetenwatch nicht die Plattform für die große Politik und die ganz großen Linien – dies wird die Domäne der traditionellen Medien bleiben. Vielmehr ist es vor allem die Bühne der Hinterbänkler, der Parlamentarier, die kaum im Scheinwerferlicht stehen und Probleme haben, in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen zu werden. Sie sind in hohem Maße bereit, auf Anfragen differenziert zu antworten und wirklich substanzielle Auskünfte zu geben. Dazu passt, dass insbesondere die Lokalpresse Interesse an Antworten zeigt. Abgeordnetenwatch und die Hinterbank gehen so ein faktisches Bündnis ein – durchaus parallel zu der oft mit dem Internet assoziierten Einsicht, dass es dem Empowerment, der Stärkung des Individuums dient, dem keine anderen Artikulationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dies gilt für den fragenden Durchschnittsbürger ebenso wie für den antwortenden Durchschnittsabgeordneten.

Ein anderer wiederkehrender Kritikpunkt gegenüber Abgeordnetenwatch ist, dass Stellungnahmen von Politikern eingefordert werden, die dann durch die Archivierung für

immer auf bestimmte Aussagen festgelegt werden. Dies verenge ihre Verhandlungsmöglichkeiten. Tatsächlich kann praktische Politik nicht über Prinzipien allein gelingen, ohne Interessenaggregation und Aushandlung. Bis zum Kompromiss sind keine Entscheidungen möglich. Von einem Abgeordneten wird einerseits erwartet, sich mit den Belangen seines Wahlkreises und seiner Klientel zu identifizieren, zum anderen muss er übergreifend mit Partei und Fraktion operieren. Das wird immer wieder zu Konflikten führen. Eine Kommunikationsplattform wie Abgeordnetenwatch kann hier Lernprozesse unterstützen: Der Wähler muss lernen, dass er nicht allen Verheißungen trauen darf, der Politiker sollte sich überlegen, ob er leichtfertige Versprechungen abgibt. Schließlich eignet sich Abgeordnetenwatch auch dafür, den Parlamentarier zu befragen, warum er seine Position geändert hat.

Der Politikwissenschaftler Hartwig Pautz sieht in einem der ganz wenigen wissenschaftlichen Aufsätze zum Thema Deutschlands repräsentative Demokratie in der Krise. Seiner Einschätzung nach ermöglicht Abgeordnetenwatch, „to re-establish the supposedly broken link between representatives and represented.“ (Pautz, 2010, S. 169) Allerdings wirft er dem Dienst auch Technikdeterminismus vor, er unterminiere Grundlagen der Parteiendemokratie und löse Versprechungen der deliberativen Demokratie nicht ein. Sicher ist die Beobachtung richtig, dass das Angebot formal begrenzt ist und den Anforderungen von Großtheorien der Demokratie nicht standhält, nur wird dieser Anspruch von Abgeordnetenwatch auch nicht erhoben. Dort allerdings, wo der Dienst antritt, erfüllt er recht verlässlich und ganz pragmatisch die eine Aufgabe, für Fragen und Antworten zu sorgen.

Mit der Ausweitung des Angebotes auf kommunale Parlamente wurde Abgeordnetenwatch mit neuer Kritik konfrontiert. Dort fürchten sich ehrenamtliche Politiker vor dem zusätzlichen Zeitaufwand. So jedenfalls äußerten sich Abgeordnete in Bonn, Wiesbaden und anderen kommunalen Parlamenten.

2.2 Zukunft

Die Zugriffszahlen zeigen, dass Abgeordnetenwatch durchaus einen Bedarf abdeckt. Über 32.000 Menschen lassen sich über den Newsletter regelmäßig über das Projekt informieren. Die Website verzeichnet im Schnitt täglich über 6.000 Visits und 26.000 PageImpressions, in Wahlzeiten nochmals deutlich mehr.¹⁴ Abgeordnetenwatch plant, in absehbarer Zeit in allen deutschen Bundesländern und allen Parlamenten größerer Kommunen präsent zu sein.

Steht Deutschland selten an der Spitze beim Einsatz des Internets zur Stärkung von Bürgern und Demokratie, so ist

12 <http://blog.abgeordnetenwatch.de/2010/09/21/steinbruck-und-der-kommerzielle-haufen/>, zuletzt abgerufen am 8.2.2012.

13 <http://wordpress.p130864.webspaceconfig.de/?p=185>, <http://www.tu-ilmenau.de/pr/nachrichtenarchiv/einzelnachricht/newsbeitrag/6653/>, alle zuletzt abgerufen 8.2.2012.

14 Stand: Dezember 2011, Quelle: Interview mit Gregor Hackmack von Abgeordnetenwatch, 7.2.2012.

Abgeordnetenwatch eine rühmliche Ausnahme. Es sieht so aus, als wäre das Projekt mit seinen interaktiven Möglichkeiten weltweit eine ziemlich einzigartige Innovation. Lediglich in Großbritannien findet sich ein vergleichbarer Ansatz mit „They work for you“.¹⁵ Dort können Bürger eine Nachricht an Abgeordnete schicken, die Antwort wird allerdings nicht publiziert. Interaktion und Transparenz sind weniger entwickelt. Das internationale Interesse an Abgeordnetenwatch ist entsprechend groß. In den wenigen Jahren seiner Existenz haben es Initiativen in einigen anderen Ländern bereits adaptiert – in Österreich meinparlament.at, in Luxemburg politikercheck.lu und in Irland candidatewatch.ie. In diesen Ländern bestehen oft ganz andere Rahmenbedingungen, an die der neue Service angepasst werden muss. Selbst aus den USA, Tunesien und Slowenien kommen Anfragen.

Abgeordnetenwatch sieht sich als Dialog-Plattform. Tatsächlich ist es aber gerade kein Dialog, kein Gespräch zweier Partner auf gleicher Augenhöhe. Abgeordnetenwatch fordert Rechenschaftslegung von Politikern. Allerdings sollte man darüber nachdenken, die Idee einer Zweiseitigkeit der Kommunikation weiter zu entwickeln. So könnte der Mandatsträger auf Anregung seiner Bürger bestimmte Politikvorhaben übernehmen, interessierte Bürger einbinden, Projekte diskutieren lassen oder um Lösungsvorschläge bitten. Dann erst wäre der Gedanke des Dialogs umfassend realisiert und Abgeordnetenwatch hätte zudem eine Perspektive für die nächste Entwicklungsphase.

Auch von der britischen Plattform „They work for you“ ließe sich einiges lernen. Sie gibt einen umfassenden Überblick über den Voting Record jedes Abgeordneten, dokumentiert Ausschuss- und Gesetzgebungsaktivitäten, Auftritte im Parlament etc. Die Plattform sammelt Bitten um Einrichten eines eMail-Service des Abgeordneten (Hear from your MP) an seine Wähler und informiert Interessenten, wenn ihr Abgeordneter spricht. Auch die finanziellen Verhältnisse werden genau dokumentiert und vergleichend eingeordnet. Wenn man dies sieht, so wird deutlich, wie Abgeordnetenwatch sich weiterentwickeln kann. Voraussetzung dafür wird aber die Zugänglichkeit zu den notwendigen Daten und Informationen sein.

3 Fazit

Weil Abgeordnetenwatch etwas völlig Neues darstellt, konnte es in wenigen Jahren zu einem beachteten und respektierten Faktor im deutschen Parlamentarismus werden. Es fordert Transparenz ein, es veranlasst Abgeordnete, über den hektischen Tag hinaus ihre Handlungen zu erklären und zu rechtfertigen. Es fordert Rechenschaft im Namen der Bürger, die ihn in das Amt hievt. Abgeordnetenwatch ist einerseits Resultat eines radikalen Verständnisses von Parlamentarismus: Der Abgeordnete hat ein Mandat der Bürger und damit soll er Politik machen, aber eben auch so, dass er sein Verhalten dem Repräsentierten zu vermitteln vermag. Dabei wird er zu nichts gezwungen, aber wenn er die Antwort verweigert, dann geht er das Risiko ein, dass man ihm mangelnden Einsatz

unterstellt. Obwohl Abgeordnetenwatch aus der Bewegung „Mehr Demokratie“ geboren wurde, macht das Vorhaben nur Sinn in einer repräsentativen Demokratie. Wenn Bürger den Mandatsträgern die Entscheidung entziehen und mit Mitteln der direkten Demokratie eingreifen, dann hat Abgeordnetenwatch keine Funktion mehr. Der Dienst ist also trotz der Radikalität, mit welcher der Abgeordnete zur Rechenschaft gezogen wird, ein Instrument der Stärkung repräsentativer Demokratie. Abgeordnetenwatch erscheint damit auch als zutiefst konservativ, weil es an das Leitbild des Volksvertreters als Repräsentanten seiner Wähler anknüpft. Mit den neuen Möglichkeiten des Web 2.0 wird sichergestellt, dass er erklären kann, wie er mit seinem Mandat umgeht. Es wird spannend bleiben, wie es mit Abgeordnetenwatch weitergeht und auch, wie die internationalen Ableger sich in Zukunft entwickeln werden.

Literatur

- Abgeordnetenwatch (2010). Jahres- und Wirkungsbericht 2009/2010. Hamburg.
- Abgeordnetenwatch (2012). Jahres- und Wirkungsbericht 2011. Hamburg.
- Albrecht, S. & Trénel, M. (2010). Neue Medien als Mittler zwischen Bürgern und Abgeordneten? Das Beispiel abgeordnetenwatch.de. Gutachten im Auftrag des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), Diskussionspapier Nr. 12. Berlin.
- Pautz, H. (2010). The internet, political participation and election turnout – A Case Study of Germany’s www.abgeordnetenwatch.de. *German Politics and Society*, 28(3).
- Voss, K. (2006). Alles Online? Über die Auswirkungen von Online-Medien auf die interne und extern Kommunikation von Nichtregierungsorganisationen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19(2).
- Wilhelm, N. (2009). Meinparlament.at – Plattform für den direkten Dialog von BürgerInnen und PolitikerInnen – Eine Analyse. Wien (Diplomarbeit).



Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber, geb. 1943, gest. 2012, war Professor (em.) an den Instituten für Politikwissenschaft sowie Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Hamburg und Leiter der Arbeitsstelle Medien und Politik der Universität Hamburg.



Dr. Kathrin Voss ist selbstständige Beraterin, spezialisiert auf den Non-Profit-Bereich, sowie Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg und Mitglied der Arbeitsstelle Medien und Politik der Universität Hamburg.
E-Mail: kv@kathrinvoss.de.

¹⁵ www.theyworkforyou.com.